



deßmarken zu garantiren. Die Realisirung des Vertrages steht unmittelbar bevor.

— Auswärtige Blätter versichern wiederholt, daß der Gegenbesuch des Kaisers Franz Josef nebst der Kaiserin Elisabeth am hiesigen Hoflager gegen Ende October stattfinden wird und daß die Grafen Beust und Andrassy den Kaiser begleiten werden. Dem entgegen kann man dabei stehen bleiben, daß in hiesigen wohlunterrichteten Kreisen von einem derartigen Gegenbesuch bis jetzt nichts bekannt ist.

— Das Comité zur Feier der hundertjährigen Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Königreich Preußen fordert jetzt zur Einreichung von Festschriften auf, welche in populärer Weise auf historischer Grundlage die segensreichen Folgen der Wiedervereinigung darstellen. Die Schrift (bis 5 Bogen stark) muß bis zum 1. April 1872 an Hrn. Oberbürgermeister Winter zu Danzig eingereicht werden.

— Die Einrichtung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen wird immer sehr schwierig sein und das öffentliche Urtheil wird diesen Schwierigkeiten um so mehr Rechnung tragen müssen, als es um unserer eigenen Ehre und um unserer Zukunft willen nicht angerathen werden kann, etwa die Rücksichtslosigkeit des ehemaligen Königreichs Westfalen und anderer in Deutschland verübter napoleonischer Organisationsexperimente im Elsaß als ein Muster nachzuahmen. Aber die Zeit ist allerdings jetzt gekommen, mit ganzen Kräften an die Einrichtung einer ordentlichen, regelrechten Verwaltung heranzutreten. Die sehr erklärliche Sympathie des Herrn Reichskanzlers für unsere neuen Erwerbungen ist deren Verwaltung bisher nicht eben zu Gute gekommen. Wer zuviel umspannen will, vermag nicht Alles fest auch zu erfassen — das ist eine Wahrheit, deren Anekenntniß Niemand sich entziehen kann und welche auch durch die vom Elsaß gemachten Erfahrungen bestätigt sein dürfte. Wir können der im Reichskanzleramt gebildeten Abtheilung für Elsaß-Lothringen nur eine recht freie und schöpferische Thätigkeit wünschen, und hoffen, daß es der fleißigen und mehrfach schon als geschickt bewährten Hand, welcher die Leitung jener Abtheilung anvertraut ist, bald gelingen möchte, Elsaß-Lothringen als ein lebenskräftiges und lebenerfülltes Glied des deutschen Reichskörpers einzufügen.

München, 11. Oct. Die heutige Sitzung der Abgeordnetenversammlung war wieder reich an Interpellationen. Die interessanteste derselben war die der Abgeordneten Börg und Dr. Karl Barth; sie lautete:

„Der dem vorigen Landtage vorgelegte Wahlgesetz-Entwurf ist vor dem Schlusse desselben nicht mehr in Erledigung gekommen. Es bedarf einer neuerlichen Vorlage für den gegenwärtigen Landtag. Da nun dieser Gegenstand zu den wichtigsten und nothwendigsten gehört, welche die Aufgabe der künftigen Gesetzgebung bilden, so erlauben sich die Unterzeichneten, die königliche Staatsregierung darüber zu befragen, ob sie dem gegenwärtig versammelten Landtage den erwähnten Wahlgesetz-Entwurf demnächst wiederholt in Vorlage zu bringen gedenke.“

Minister von Pfeufer antwortete sofort, daß er noch nicht Zeit gefunden habe, den Entwurf zu prüfen und somit nicht in der Lage sei eine bindende Antwort zu geben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, gab es noch ein kleines Nachspiel, das leicht größere Folgen haben können, wenn nicht der Präsident sofort die Sitzung geschlossen hätte. Die patriotische Partei, welche es für nothwendig erachtet hatte, in demonstrativer Weise ihre Einmüthigkeit in der katholischen Frage zu zeigen, hatte aus der Interpellation, die jüngst die Abgeordneten Herz und Genossen eingebracht hatten, Veranlassung genommen einen Protest gegen dieselbe auszuarbeiten. Der Abg. Sedelmaier verlas ihn heute. In dem Schriftstücke wurde vorzüglich gegen die Art und Weise, in welcher die Herz'sche Interpellation motivirt war, gegen die Unrichtigkeit der dort vorgeführten Gründe, gegen die Verletzung der schuldigen Ehrfurcht gegen den Papst und die Bischöfe energische Verwahrung eingelegt. Die liberale Partei, voran der streitbare Dr. Bölk, erklärte sofort, daß hiermit die Geschäftsordnung umgangen worden sei, indem diese die Diskussion einer Interpellation verbiete. Es drohte ein Tumult zu entstehen; von Satz zu Satz stieg die gegenseitige Erbitterung und Aufregung; schon verlangten mehrere Redner stürmisch das Wort, da schloß der Präsident die Sitzung und schnitt so für heute jeder weiteren Debatte die Gelegenheit ab.

— Wie verlautet, wird der Landtag schon am nächsten Sonnabend, den 14. October vertagt werden, weil die Regierung den Abgeordneten, welche zugleich Mitglieder des Reichstages sind, Gelegenheit geben will, noch rechtzeitig zu dem Beginn der Reichstagsverhandlungen einzutreffen.

Strasburg, 11. October. Von den Entschädigungsgeldern waren bis zum 30. September bereits 7,696,246 Francs zur Auszahlung gekommen. Seitdem sind weitere 2 Millionen gezahlt worden, indem mit Aushändigung der zweiten Rate, im Betrage von  $\frac{2}{3}$  der Totalsumme, begonnen wurde. Verschiedener Schwierigkeiten wegen, welche hauptsächlich darin bestehen, daß die meisten Forderungen in kleinen Beträgen bestehen, geht aber die Abwicklung nur langsam vor sich, so daß täglich kaum 200 Zahlungen möglich sind. — Auch den Bürgern von Fröschweiler werden im Laufe dieser Woche ungefähr 80,000 Fr. als Vergütung für Beschädigungsschäden ausbezahlt. Es hat zwar die Abschätzung durch die gerichtliche Com-

mission noch nicht stattgefunden, um aber die nöthigen Reparaturen noch vor Ausbruch des Winters herstellen zu können, war es dringend nöthig, diese Abschlagszahlung sofort zu gewähren. Uebrigens soll die Abschätzungscommission Ende der nächsten Woche in Fröschweiler zusammentreten.

## M u s l a n d.

Oesterreich. Nachdem kein Zweifel mehr darüber erlaubt ist, daß die tschechische Agitation, welche nicht bloß auf den vollständigen Umsturz der österreichischen Verfassung, sondern auch gegen das Deutschthum überhaupt, welche auch indirekt gegen das deutsche Reich gerichtet ist, von dem Grafen Hohenwart entschieden gefördert wird, kann der Rücktritt des Grafen Beust von der Leitung der auswärtigen Politik nur noch eine Frage der Zeit sein.

Deutschland hat allerdings kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie einzumischen, die Oesterreicher mögen sich eine Staatsform geben, welche sie wollen, uns kümmert das nicht; wenn aber alle Thatfachen darauf hinweisen, daß die innere Politik der tschechischen Regierung hauptsächlich den Zweck verfolgt, die deutschen Nationalinteressen zu schädigen, so muß zwischen den Beziehungen der beiden mitteleuropäischen Reiche eine Erkaltung eintreten, die vielleicht in nicht zu ferner Zeit einem offenen Bruche Platz machen könnte. Man kann nicht der Freund eines Feindes des Freundes sein; die Tschechen sind aber permanente Feinde der Deutschen.

Bekanntlich hatte der vornehmste Führer der Tschechen, Rieger, im vorigen Jahre vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges dem Kaiser Napoleon ein Memorandum übergeben, in welchem dieser aufgefordert wird, für die Verwirklichung der tschechischen Pläne thätig zu sein; jetzt nun, nachdem Frankreich in dem Kampfe gegen Deutschland unterlegen, soll Oesterreich seine ganze Kraft einsetzen für die „Macht und Größe der tschechischen Nation“. Die Tschechen — sagt Rieger, der Vertraute des Grafen Hohenwart — stehen vor einer That, welche die völlige Umgestaltung ganz Mittel-Europa's bestimmen dürfte. So komisch es nun auch den Meisten erscheinen mag, daß die Tschechen sich als einen Faktor in der hohen Politik betrachten, so sind sie doch immerhin zahlreich genug, um eine solche Verwirrung in den österreichischen Verhältnissen anzufachen und zu unterhalten, daß daraus ein Konflikt entstehen könnte, welcher allerdings auf die Gestaltung der mitteleuropäischen Machtverhältnisse von bedeutendem Einfluß sein müßte. Diese Gestaltung wird selbstverständlich den tschechischen Plänen keinen Vorschub leisten.

„Die tschechische Nation lebt und wird leben,“ betont Rieger, gewiß, Niemand wird sie bedrücken wollen; aber wenn die Tschechen glauben, auf Kosten der deutschen Interessen leben zu können, so sind sie gewaltig im Irrthum. Die deutschen Nationalinteressen schädigen zu wollen, dieses Unternehmen muß verhängnisvoll werden für diejenigen, welche den Versuch dazu machen.

Graf Hohenwart und die Tschechen werden zunächst in allen ihren Unternehmungen reüssiren, sie werden die Zweidrittelmajorität in dem Reichsrathe erlangen und die Deutschen werden aus der Nationalvertretung gedrängt werden. Auch Graf Beust wird fallen und Hohenwart unbedingte Vollmacht erhalten.

Frankreich. Paris, 11. October. Ueber die Verhandlungen mit Deutschland wird der „Independance“ aus anscheinend zuverlässiger Quelle gemeldet: „Die Regierung hat bereits mehrere Depeschen von Herrn Pouyer-Quertier erhalten. Die erste theilt mit, daß Fürst Bismarck Herrn Thiers und seiner Ministern alle seine Wünsche für die Dauer einer Regierung kundgibt, deren Geschicklichkeit und Vaterlandsliebe auf die Achtung von ganz Europa Anspruch habe. Diese erste Mittheilung hat nicht, wie man glauben möchte, den Werth eines banalen Kompliments. Die äußerst freundlichen Ausdrücke, deren sich Fürst Bismarck bedient hat, zeigen an, daß entgegen den Ansichten der Bonapartisten und der reaktionären Fraktionen, die Herrn Thiers zu stürzen sich bemühen, die gegenwärtige Regierung immerhin, selbst in Deutschland nach Verdienst geschätzt wird. In seiner zweiten Depesche benachrichtigt Herr Pouyer-Quertier den Ministerrath, daß der Vertrag in zwei Theile zerfallen werde, in einen Zollvertrag und einen finanziellen. Diese Bestimmung ist in Folge der Bemerkung des Kanzlers getroffen worden, daß der Zollvertrag dem deutschen Reichstage vorgelegt werden müsse. Das Berliner Cabinet willigt in die Abkürzung der ausnahmsweisen Zollbegünstigungen um 6 Monate, widersteht sich aber jeder Reziprozität. Was den finanziellen Vertrag betrifft, so forderte gestern noch die preussische Regierung, daß die Tratten sofort discontinuirlich sein sollen, indem sie zugleich auf das bestimmteste versprach, sie nur zu negociiren, wenn die gegenwärtige Regierung zu bestehen aufhören sollte. Wenn Herr Thiers die Bedingungen annähme, so würde er damit Herr der Nationalversammlung sein; aber er weigerte sich dessen. Dieser Weigerung gegenüber hat Fürst Bismarck auf die sofort eskontirbaren Tratten verzichtet; er hat jedoch die Zahlung von 30 Millionen in vierzehntägigen Terminen bis zum 1. Mai 1872 verlangt. Man zweifelt nicht, daß die Versailler Regierung darauf eingehen u. damit die Angelegenheit zum Abschluß gebracht werden wird.“

Aus Versailles meldet man: Herr Victor Lefranc wird auf seinem Posten als Minister des Handels und

des Ackerbaus bleiben. — Die Untersuchung über die Generale und sonstigen Offiziere, welche im letzten Kriege eine Kapitulation unterzeichnet haben, sollte gestern in Versailles beginnen; diese erste Sitzung mußte aber wegen des Ausbleibens mehrerer von den greisen Mitgliedern dieser Kommission (der jüngste General d'Autemarre d'Erville zählt 66 Jahre) auf einen späteren Termin verschoben werden. — Das vierte Kriegsgericht verurtheilte gestern den Geranten des „Siècle“, Herr Filliat, wegen Veröffentlichung eines feindselig entstellten Berichtes über eine frühere Verhandlung dieses Militärgerichtshofes unter Zulassung mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von 1000 Frs.

Italien. Die „Perseveranza“ ist höchst unzufrieden mit der Maßregel der Regierung, in Folge deren den Professoren der römischen Universität der Eid auf die Verfassung abgefordert worden ist. Dieser Schritt kann nur dazu dienen, den Lehrkörper jenes Instituts zu schwächen und der Fikale, welcher der Papst im Vatican eine Zufluchtstätte eröffnet hat, neue Prärite zuzuführen. Nach den Landesgesetzen kann der Papst kaum gebindert werden, sich in seinem Palaste eine eigene Hochschule zu halten. Mittlerweile haben von 36 Professoren 17 den Eid geleistet, 3 sich durch ihre Abwesenheit entschuldigt, 7 um näheren Aufschluß gebeten und 1 Professor, Tancioni, das Ansinnen in aller Form zurückgewiesen. Diejenigen, welche sich der Forderung nicht fügen wollen, haben die Absicht, nicht selbst ihre Entlassung einzureichen, sondern zu warten, ob und bis die Regierung die Ablegung verfügt.

Aus Rom, 6. October, wird dem „N. Wiener Abendblatt“ geschrieben: „Graf von Tauffkirchen soll dem Cardinal Antonelli ein Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen Hegnenberg-Dux überreicht haben, welches die Abberufung des päpstlichen Nuncios am bayerischen Hofe, Mgr. Meglia's, fordert. Antonelli soll dem Gesandten geantwortet haben, die bayerische Regierung komme mit diesem Verlangen seiner Heiligkeit dem Papste zuvor, welcher an sich zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen mit Bayern entschlossen sei.“

Rußland. Warschau, 9. Oct. Die Landstände des Kreises Odessa haben in ihrer letzten Versammlung sehr eingehend die Frage der Einführung des obligatorischen Schulunterrichts discutirt und sich fast einstimmig dafür entschieden. Da die Sache jedoch von über die enge Sphäre der Kreisverwaltung hinausreichender Wichtigkeit ist, so wurde die Beschlussfassung über eine deshalb an die Regierung zu richtende Petition bis zur nächsten Versammlung vertagt. Auch in der russischen Tagespresse werden immer häufiger Stimmen laut, welche der Einführung des obligatorischen Schulunterrichts dringend das Wort reden. Das Vorgehen der odessaer Kreisversammlung in dieser Angelegenheit wird daher von den meisten Blättern sehr beifällig aufgenommen.

Mexiko. Vera-Cruz, 28. August. August ist zu Ende, und mit diesem Monat schließen auch die Wahle für die höheren Beamten der einzelnen Staaten ab. Am 27. war für den Staat von Vera-Cruz die Wahl des Gouverneurs, des höchsten Gerichtshofes, Präsidenten des Congresses u. s. w., und in den Städten und Städten herrschte eine solche Agitation, daß es ohne Handel an vielen Orten nicht abgegangen sein wird. Man wird fragen: Wer sind denn diese Agitatoren? Streitet man unter den Tüchtigen, den Tüchtigsten an die Spitze zu bringen? Das ist Nebenache, an welche der ruhige Philister, der Kaufmann, der Industrielle, der Landbauer etwa denkt. Die Schreier sind die Advocaten und die endlose Zucht der Schreiber, hier Zinterillos (auf Deutsch Dintenfäcken) genannt, welche hoffen, bei den neuen Dynasten ein Pöstchen zu erschnappen als Secretäre, Registratoren, Kassirer, Geber u. s. w. Diese werben für den Candidaten, von dem sie Begünstigung erwarten, überreden den Handwerker in seiner Werkstatt, gewinnen den Indier mit einigen Schnäpsen und drängen sich endlich an die Wahlische, um möglichst viele falsche Wahlzettel einzuschmuggeln. Ueber die Wahl des Präsidenten schwebt noch Dunkel, da erst der Congress, der sich am 18. September versammelt, das Scrutinium vornimmt. Die Partei von Suarez hat es nicht an Bemühungen fehlen lassen, per fas et nefas die Stimmenmehrheit zu gewinnen, und man hält es für wahrscheinlich, daß sie ihren Zweck erreicht.

## Provinzielles.

Danzig. Marine. S. M. S. „Niobe“ ist am 10. d. Mts. von Vigo nach Cadix in See gegangen, und S. M. S. „Undine“ am selbigen Tage in Lissabon eingetroffen. An Bord Alles wohl. Ein Seehafen bei Emden, tief genug, um eigentliche Frachtdampfer mit voller Ladung aufzunehmen, gilt seitens des Handelsministeriums als beschlossene Sache. Man will nur erst vor der Ausführung noch die Wirkung der schon vorgenommenen Fahrwasser-Correction abwarten, um weder zu viel noch zu wenig zu thun. Die Commune Danzig hat aus dem letzten Feldzuge 41 Wittwen resp. Mütter gefallener Krieger zu unterstützen. Gethern wurde der Director des städt. Gymnasiums, Herr Dr. Cauer durch Herrn Bürgermstr. Dr. Ling, im Beisein der Magistratsmitglieder, Lehrer u. Schüler in sein neues Amt eingeführt. Den feierlichen Act leitete Gesang ein und schloß denselben.



